

Thesenpapier zur Energiepolitik:

19 (erweiterbare) Essentials zur Überführung der 4 großen Energieversorger RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall und deren Stromnetze in gesellschaftliches und demokratisch kontrolliertes Eigentum.

1. Strom ist eine unersetzbare Schlüsselressource – jeder benötigt sie, niemand kann auf sie verzichten, ganz gleich, ob Lampen betrieben werden oder ein Kühlschrank, ob eine Operation ausgeführt werden muss oder Mails verschickt werden: Strom wird immer benötigt.
2. Die ‚4 Großen‘ verfügen über das Netz und kontrollieren damit die gesamte Verteilung des produzierten Stroms. Sie verfügen über 90% der Kraftwerke und 70 % des Stromabsatzes. Sie berechnen unabhängigen Stromproduzenten überhöhte Einspeisegebühren und hemmen somit auch den Ausbau regenerativer Energien. Allein RWE und E.ON verfügen über 2/3 der Erzeugungskapazitäten und sind an 250 Stadtwerken beteiligt(!).
3. Die ‚4 Großen‘ nehmen 20 Milliarden € jährlich für die Netze an Gebühren ein – und sie investieren in diese gerade mal 10% ! Der Rest wird als Profit verbucht.
4. Im Jahre 2006 erwirtschafteten die ‚4 Großen‘ einen Profit in Höhe von ca. 17 Milliarden € - auf Kosten der VerbraucherInnen, die sich einer schier endlosen Preissteigerungsspirale ausgeliefert sehen. Ca. 6 Milliarden € mehr mussten die VerbraucherInnen gegenüber 2005 an höheren Preisen für Strom, Heizung und Sprit zahlen. Das RWE mit Sitz in Essen konnte seinen Profit auf 6,11 Mrd. € steigern. Jetzt werden den VerbraucherInnen zu Beginn des Jahres 2008 erneut die Daumenschrauben angelegt: die Preissteigerungen liegen im Durchschnitt zwischen 5% und 8%. Ende offen.
5. Mit den Riesenprofiten kaufen sich die Energiekonzerne in weitere Wirtschaftsbereiche ein, finanziert von uns, den VerbraucherInnen und treiben dort ihr Unwesen. Neuestes Beispiel: die RWE-Tochter American Water treibt in den USA die Wasserpreise in die Höhe und bringt dort den Widerstand und die BürgerInnen gegen sich auf. (Quelle: tagesschau.de vom 27.12.07)
6. Die neoliberale Politik ist offenbar weder willens noch in der Lage, diese Politik zu stoppen. Im Gegenteil garnieren bürgerliche Politiker den Bau von Klimakillern mit warmen Worten – mit verheerenden Folgen für das Klima. Es ist offensichtlich geworden und für Jeden mit Händen zu greifen: die Politik agiert gegenüber den ‚4 Großen‘ in vorseilendem Gehorsam. Dies dokumentiert die Kräfteverhältnisse im real existierendem Kapitalismus der Bundesrepublik im Jahre 2008 besser als jedes Theorieseminar der Linken. Die Verquickung von Politik und Energiekartell trägt Früchte – für die Profiteure. Politiker wechseln nach ihrer öffentlichen Karriere gleich zu den ‚4 Großen‘ – ein häufig praktiziertes Verfahren, von dort beraten die sie Politik, und das ganz offen, so berät der Vorstandschef von Vattenfall Bundeskanzlerin Merkel. Das Energiekartell benimmt sich wie ein Staat im Staate – jeder demokratischen Kontrolle entzogen.
7. Das Bekanntwerden von häufigen Leukämieerkrankungen bei Kindern in der Umgebung von Atomkraftwerken führt bei den o.g. Kräfteverhältnissen leider nicht zur Überprüfung der Atomkraftwerke und zu deren Abschaltung – sondern zur Überprüfung der Studie, die

diese Ergebnisse brachte. Niemand wagt es, den Stromkonzernen die Abschaltung der AKW's zu diktieren: hier wird deutlich, wer in diesem Lande Koch und Kellner ist. DIE LINKE NRW ist angetreten, dies zu ändern – sonst wäre sie überflüssig.

8. Der von bürgerlichen Politikern gern empfohlene Wechsel des Stromanbieters als Allheilmittel führt in die falsche Richtung. Ohnehin empfehlen diese allenfalls den Wechsel zu einem billigeren Anbieter, nicht zu einem Ökoanbieter. Und der nächste Preisschub kommt dann eben beim neuen Lieferanten – so sicher wie das Amen in der Kirche. Ändern an der Preisspirale tut sich da generell nichts. Der Wechsel zu einem Ökostromanbieter wie etwa der Genossenschaft greenpeace energy, wenn man sich im Liefergebiet der ‚4 Großen‘ oder, wenn man sich im Einzugsgebiet eines Stadtwerks befindet, zu einem Ökostromtarif des entsprechenden Stadtwerks ist zwar eine ökologisch richtige Entscheidung, aber sie kann an der Marktmacht der ‚4 Großen‘ nur sehr bedingt - wenn überhaupt - etwas ändern.
9. Spanien hat einen selbständigen Netzbetreiber, an dem der Staat immerhin 20% Anteile hält. Dänemark hat das Netz in eine staatliche Gesellschaft überführt. In Schweden und in den Niederlanden ist das Stromnetz ebenfalls in öffentlicher Hand. (Quelle: Bund der Energieverbraucher vom 4.1. 2006, website, NEUE ENERGIE 12/06, website). Was die Dänen und Niederländer können, kann die Bundesrepublik auch – wenn der politische Wille da ist.
10. Die 4 Großen haben an einer Politik konsequenter Stromeinsparung keinerlei Interesse. In einer kapitalistischen warenproduzierenden Gesellschaft sind sie an einem hohen Stromabsatz interessiert, um ihre Profite zu steigern.
11. Die ‚4 Großen‘ plan(t)en und bauen bereits aktuell 29 neue Stein- und Braunkohlekraftwerke: 3 davon konnten bereits politisch gestoppt werden. Immerhin verbleiben danach noch immer ca. 130 Mio. Tonnen CO²-Emissionen jährlich – ein Hohn gegenüber den Klimaschutzzielen, mit denen sich die Bundesregierung gerne schmückt.
12. Entschädigungen darf es für die Enteignungen von Großaktionären nicht geben. Alleine schon die Riesenprofite der vergangenen Jahre verbieten eine solche Überlegung. Im Gegenteil: für die ökologischen Schäden der Vergangenheit muss es im Grunde Strafzahlungen geben, für die unnötigen CO² Emmissionen und deren Klimafolgen etwa. Derlei Strafzahlungen wären dann entbehrlich, wenn nach einer gemeinwirtschaftlichen Neuordnung der ‚Großen 4‘ diese zukünftig nur noch zum Wohle der Allgemeinheit arbeiten würden, denn dann würden alle Tätigkeiten des neuen Unternehmens ohnehin im Zeichen der Wiedergutmachung für die ökologischen und sozialen Schäden stehen.
13. Für die Kleinaktionäre und die öffentlichen Aktionäre gibt es marktkonforme Entschädigungen.
14. Wie kann eine solche Vergesellschaftung aussehen: Soll es eine Zerschlagung der ‚4 Großen‘ geben? Der Arbeitskreis Konzernentmachtung bei ATTAC schlägt eine Auflösung aller internen Konzernverschachtelungen und alle Verbindungen der Konzerne mit anderen Konzernen vor. (RWE besteht alleine aus 647 Konzerngesellschaften, Stand 31.12.05) Dann würden die ‚4 Großen‘ in möglichst viele, kleine selbständige Unternehmen entflochten.

15. Es bestünde allerdings die Option, keine so weitgehende Zerschlagung vorzunehmen, sondern einen – oder mehrere vergesellschaftete größere oder große demokratische ‚Musterunternehmen‘ – daraus zu entwickeln. Musterunternehmen deshalb, weil diese durch vorbildliche soziale, ökologische und wirtschaftliche Standards als Vorbild für andere Unternehmen und Wirtschaftssektoren dienen können.
16. Dieses neue vergesellschaftete Unternehmen muss alle Anstrengungen unternehmen, möglichst viele Stromproduzenten zur Einleitung regenerativ erzeugten Stroms zu animieren und deren Einspeisung in das Netz zu fördern. Weitere Großkraftwerke dürften somit entbehrlich sein, alte könnten nach einer Übergangszeit stillgelegt werden. Damit können viele Millionen BürgerInnen, Genossenschaften, Kleinunternehmen usw. Ökostrom für den Eigenverbrauch und den Überschuss für das Netz produzieren. Damit sinken schon auf kurze bis mittlere Sicht die Strompreise deutlich zum Vorteil der VerbraucherInnen – und das Klima wird drastisch CO²-entlastet.
17. Die Stromproduktion und -distribution darf nicht mehr als Warenproduktion betrieben werden, sondern wird demokratisch, ökologisch und sozial auf hohem Niveau geplant. Alle gesellschaftlich relevanten Sektoren sind an dieser Planung zu beteiligen. Länder und Gemeinden, Belegschaften, Gewerkschaften, Verbraucherverbände, Umweltschützer usw. beaufsichtigen die Herstellung und Verteilung des Stroms als gesellschaftliche Aufgabe der Daseinsvorsorge im öffentlichen Eigentum.
18. Die Enteignung der Netze als ersten Schritt stützt sich auf Art. 15 Grundgesetz und Art. 27 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen, in der es heißt: „(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.“
19. DIE LINKE NRW geht (u.a.) mit der Forderung nach 1. Vergesellschaftung des Stromnetzes und 2. des Stromkonzerns RWE in den Landtagswahlkampf.

„DIE LINKE NRW MACHT ERNST: DAS NRW-STROMNETZ
VERGESELLSCHAFTEN – STROMPREISE SENKEN – RWE DEMOKRATISCH
KONTROLLIEREN!!

Michael Aggelidis, Bonn, energiepolitischer Sprecher Landesvorstand